



- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Regierungspräsidium richtet temporäre Notunterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine in der Basler Landstraße 16 in Freiburg-St. Georgen ein

18.08.2022



Regierungspräsidium Freiburg

Auf dem ehemaligen OBI-Gelände in der Basler Landstraße im Freiburger Stadtteil St. Georgen entsteht im Rahmen der Erstaufnahme des Landes eine temporäre Notunterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine. Wie das Regierungspräsidium Freiburg (RP) am Donnerstag, 18. August, mitgeteilt hat, wird die Einrichtung voraussichtlich im Oktober dieses Jahres in Betrieb gehen und Platz für bis zu 800 Personen bieten. Es ist derzeit vorgesehen, die Notunterkunft bis Frühjahr 2023 zu nutzen.

Die Zahl ankommender Geflüchteter aus der Ukraine ist kontinuierlich hoch. Auch die Zahl flüchtender Menschen aus anderen Ländern ist in den vergangenen Wochen in ganz Deutschland wieder angewachsen. Vor diesem Hintergrund plant das RP zudem in enger Abstimmung mit dem Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg, die Aufnahmekapazität in der Landeserstaufnahme (LEA) in der Müllheimer Straße durch die Inbetriebnahme weiterer Containerhäuser auf rund 1.200 Plätze zu erhöhen.

„Wir müssen damit rechnen, dass die Zahl ankommender Geflüchteter auch in den nächsten Wochen weiterhin hoch bleibt“, machte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer in der zukünftigen Notunterkunft in Freiburg-St. Georgen deutlich. „Hier schaffen wir in unmittelbarer Nähe der Landeserstaufnahme in der Müllheimer Straße zusätzliche Kapazitäten, die wir dringend benötigen. Die Einrichtung einer solchen Notunterkunft in einem ehemaligen Baumarkt stellt für alle Beteiligten eine große Herausforderung dar, die nur durch ein gutes Zusammenwirken gelingen kann.“

„In solchen herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass sich das Land und die Stadt der gemeinsamen Verantwortung bewusst sind und in enger Abstimmung adäquate Lösungen entwickeln“, so Ulrich von Kirchbach, Erster Bürgermeister der

Stadt Freiburg.

In einer Infoveranstaltung am Mittwochabend hatte das RP bereits die direkte Nachbarschaft des ehemaligen OBI-Geländes informiert, um den aktuellen Planungsstand zu erläutern und mit den Anwohnerinnen und Anwohnern ins Gespräch zu kommen. Regierungspräsidentin Schäfer bedankte sich am Donnerstag bei den rund 50 Anwesenden für deren Offenheit, mit der sie auf die Einrichtung in ihrer Nachbarschaft reagiert haben und für ihre Unterstützung. Das RP werde selbstverständlich auch weiterhin in diesem guten Austausch mit den Nachbarn bleiben.

Das RP bedankt sich auch für die zahlreichen Spendenangebote und weist darauf hin, dass zurzeit keine Sachspenden für die Landeserstaufnahme benötigt werden.

Hintergrundinformationen:

Nach Aktivierung der sogenannten Massenzustromrichtlinie durch die EU sind Flüchtende aus der Ukraine direkt in der vorläufigen Unterbringung, für die die Stadt- und Landkreise zuständig sind, unterzubringen. Das Land unterstützt die Stadt- und Landkreise durch einen gleichzeitigen Aufbau der Kapazitäten der Erstaufnahme als Puffer – soweit und solange dies möglich ist.

Kategorie:

Verwaltung, Kommunales und Sicherheit

Pressestelle

Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
pressestelle@rpf.bwl.de



Heike
Spannagel
Pressesprecherin
0761208
1038
E-Mail
schreiben



Matthias
Henrich
Stellv.
Pressesprecher
0761208
1039

E-Mail
schreibe
n